

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbegug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Juli 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 83.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel:** Organisationsbestrebungen und technischer Fortschritt (II).
- Gewerkschaftsrezens:** Bekämpfung der „Vollseilfänge“. — Eine neue Kennzeichnung der Christlichen. — Anton Erlangen als „Anwalt“ der liberalen Arbeiter.
- Korrespondenzen:** Berlin. — Dessau. — Dresden (Chr.). — Götting (M.S.). — Gummersbach. — Gomburg-Wörs-Reinberg. — Hiegels. — Mainz (M.S.). — Wenden-Gemmer. — Raumburg a. S. — Neusäß a. D. — Paderborn. — Regensburg. — Stuttgart (M.M.). — Swinemünde. — Trebbin. — Waidenburg. i. Schl.
- Rundschau:** Ferien! — Stiftung. — Organisationszugehörigkeit als Entlassungsgrund. — Lohnbewegung in den Berliner Buchdruckmaschinenfabriken. — Gewerbegerichtsreform in Koblenz. — Gahlabund und Arbeiterbewegung. — Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung. — Internationaler Bergarbeiterkongress. — Schimpfenbe. — Christen. — Die abgeblühten Christlich-Nationalen. — Ausprägungslehren für die Unternehmer. — Das Weltvermögen in Wertpapieren.
- Literarische:** Rilmichs Adreßbuch der Druckereien des Deutschen Reichs 1912.

Organisationsbestrebungen und technischer Fortschritt.

II.

Mit der Veröffentlichung eines vom Kollegen Knie (Stuttgart) aufgestellten, 21 Paragraphen umfassenden Entwurfs eines Segmaschinentarifs trat die für die Gesamtgehilfenschaft hochwichtige Angelegenheit aus der rein akademischen Erörterung heraus. Durch diese verdienstvolle Arbeit war erstmalig ein wirklich positiver Anhalt in verschiedenen wesentlichen Punkten (z. B. Entlohnung, Arbeitszeit, Beschäftigung weiblicher Personen, Lehrlingsausbildung usw.) geschaffen worden. Auch das Berechnen war bereits vorgesehen, unter Anführung sämtlicher hierfür in Betracht kommender Positionen. Es ist von historischem Interesse, daran zu erinnern, was über das vielumstrittene Kapitel des Berechnens an Segmaschinen vom Gehilfenstandpunkte aus im § 5 jenes ersten Entwurfs gesagt wurde:

Nicht minder auch ist es eine moralische Pflicht der berechnenden Maschinenfeger, sowohl in Hinblick auf die ihre Arbeitskraft vorzeitig aufreibende, nervenzerrüttende Tätigkeit an der Maschine als auch angesichts der infolge der Einführung der letzteren wesentlich vermehrten Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden prekären Lage der Handfeger nicht unausgesetzt mit äußerster Anspannung der Kräfte an der Maschine tätig zu sein — gar etwa aus egoistischen Motiven; sie sollten vielmehr darauf halten, daß, falls sie unter günstigen Verhältnissen einen Verdienst erzielen, der den im § 8 festgesetzten „Normallohn“ übersteigt, dieses Mehr höchstens 10 Proz. von letzterem beträgt.

Unmittelbar vor dem Zusammentritte des Tarifausschusses im Mai 1897 nahm eine Gauvorsteherkonferenz Stellung zur Segmaschinenfrage. Durch eine Umfrage des Verbandsvorstandes war festgestellt worden, daß damals insgesamt 22 (darunter fünf veraltete Rastenbeinische) Maschinen in Betrieb waren. Da zu diesem Punkte viel Material vorlag (auch der Entwurf eines Segmaschinentarifs), so wurde zur Vorberatung eine engere Kommission, bestehend aus den Kollegen Giesler, Knie, Massini, Mehrauser, Seitz und Wendische, eingesetzt. Von der Aufstellung eines Segmaschinentarifs wurde vorläufig abgesehen, den Gehilfenvertretern jedoch empfohlen, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen für Festlegung folgender Punkte einzutreten: 1. Als Operateure an den Segmaschinen sind nur gelernte Buchdrucker zu verwenden. 2. Ein Berechnen an der Maschine ist unstatthaft und hat die Entlohnung nur mit einem entsprechend höheren gewissen Gelde stattdes. 3. Die tägliche Arbeitszeit hat eine kürzere zu sein als die jeweilig übliche.

In seiner bald darauf abgehaltenen Sitzung beschäftigte sich dann der Tarifausschuß mit der Frage der Schaffung von Normen für den Maschinensatz zum ersten Male. Kollege Knie betonte als Antragsteller die Notwendigkeit, sich mit dieser Frage vertraut zu machen, das bestehende Einverständnis mit den Prinzipalen lege dies um so mehr nahe. Im übrigen empfahl er den von ihm aufgestellten Tarifentwurf, der über den Rahmen des Möglichen nicht hinausgehe, zur speziellen Beratung. Prinzipalsseitig wurde eine Vertagung des Antrags Knie verlangt, da einmal den Kreisvertretern ein eingehendes Verständnis für die Segmaschinenfrage fehle, und zum andern deshalb, weil die seitberige geringe Ausbreitung der Segmaschine eine Behandlung erübrigte. Nachdem die Gehilfenvertreter vergeblich versucht hatten, wenigstens den Extrait des aufgestellten Entwurfs zu einem Segmaschinentarife zur Annahme zu bringen, um so eventuellen Mißständen durch die Segmaschinenausbreitung entgegenwirken zu können, wurde der Antrag Knie mit Stimmgleichheit abgelehnt. Dadurch war der von der Gehilfenschaft sehnlichst erwünschte Abschluß der wichtigen Sache in tariflicher Beziehung auf ein totes Weis geschoben.

Um so entschlossener hielt die Organisationsleitung an den von der Gauvorsteherkonferenz aufgestellten prinzipiellen Gesichtspunkten fest und suchte sie in jedem einzelnen Falle bei der Neueinführung von Segmaschinen zur Geltung zu bringen. Daß die verhältnismäßig wenigen Maschinenfeger dieses Bestreben unterstützten, lag natürlich in erster Linie in ihrem eignen, wohlverstandenen Interesse, aber doch auch in dem der Allgemeinheit. Wie notwendig das von der Gesamtorganisation geschätzte solidarische Verhalten der Maschinenfeger gegenüber den Verschlechterungsverfuchen in ihrer Entlohnung war, das zeigte sich besonders bei dem Mitte August 1897 in Leipzig ausgetragenen ersten Maschinenfegerausstande bei der Firma Brandstetter. Die dort beschäftigten Maschinenfeger erhielten einen festen Wochenlohn von 30 Mk. Da aber angeblich die Anlagen und Betriebskosten zu hohe, wurde den Gehilfen von der Geschäftsleitung ein Tarif mit 12 Pf. pro 1000 Buchstaben Grundposition (einschließlich Lokalzuschlag) angeboten, welcher Preis im Laufe der Verhandlungen auf 18 Pf. erhöht wurde. Den Gehilfen dagegen lag daran, den Wochenlohn auf der bisherigen Höhe von 30 Mk. zu halten, weshalb sie anfänglich 20 Pf. pro 1000 Buchstaben, dann aber 15 Pf. ohne bzw. 18 Pf. mit Lokalzuschlag forderten. Alle Bemühungen, eine Verständigung über die strittigen Sätze herbeizuführen, scheiterten. Die Maschinenfeger der Seizerschule der Typographfabrik in Berlin, an welche letztere sich die Firma Brandstetter wegen Beschaffung von Ersatzkräften gewandt hatte, lehnten es rundweg ab, die Stellen bei in Kündigung stehenden Leipziger Kollegen zu besetzen. Als ihre zur Verhandlung mit der Fabrikleitung gewählte Kommission gemäßigter wurde, legten sämtliche Maschinenfeger der Fabrik die Arbeit nieder.

Da, wie schon bemerkt, der Anfangslohn in der Seizerschule 27 Mk. betrug, und Stellen für ausgebildete Maschinenfeger regelmäßig mit 30 Mk.

Anfangslohn vermittelt wurden, hatte die Firma Löwe & Co. kein Recht, die Gehilfen der Seizerschule zu zwingen, für einen mit diesen Lohnsätzen in erheblichem Widerspruch stehenden Betrag bei der Firma Brandstetter in Leipzig zu arbeiten. Während sich die Leipziger Firma unter Zuziehung von Vertretern der Tariforganisation mit ihren Gehilfen friedlich-schiedlich einigte und vorläufig den Segmaschinenbetrieb einstellte, lehnte die Seizerschule der Typographfabrik jeden Vermittlungsvorschlag ab und suchte in Zukunft Verbandsmitglieder von der Ausbildung an ihren Maschinen auszuschließen, was ihr auf die Dauer natürlich nicht gelang. Bereits am 10. Dezember des gleichen Jahres sah sich vielmehr die Typographfabrik infolge ihrer schlechten Erfahrungen mit der Beschäftigung von Nichtverbandsgehilfen genötigt, mit dem Verbandsvorstand einen Vertrag abzuschließen, der in der Hauptsache besagte, daß zur Aufnahme in die Seizerschule fortan vorzugsweise und in der Regel Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und der mit diesem in Gegenseitigkeit stehenden ausländischen Organisationen gelangen sollten.

Im Rahmen einer objektiven Darstellung der Entwicklung des organisatorischen Einflusses auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den Segmaschinen darf die Skizzierung des ersten Maschinenfegerausstandes schon um deswillen nicht fehlen, weil durch ihn und seine Begleitumstände die Schaffung eines Segmaschinentarifs immerhin eine wesentliche Förderung auf beiden Seiten erfahren haben dürfte.

So ist besonders in dem schon erwähnten Vertrage zwischen der Typographfabrik und unserm Verbandsvorstand eine recht wertvolle Vorarbeit für den später geschaffenen Segmaschinentarif zu erblicken. Die Fabrik verpflichtete sich nämlich in jenem rechtsgültig bis 1. März 1899 abgeschlossenen Vertrage ferner, Damen in der Seizerschule nicht ausbilden zu lassen und dahin zu wirken, daß, soweit sie auf die Entlohnung der Maschinenfeger einen Einfluß ausüben vermöchten, und bis genügende Grundlagen für eine Tarifierung der Segmaschinenarbeit vorhanden sein würden, eine höhere Bezahlung als der damals gültige Deutsche Buchdruckertarif vorschrieb, erfolgen sollte. Demgegenüber nahm der Verband die Verpflichtung auf sich, dafür zu sorgen, daß die von seinen Mitgliedern mit der Typographgesellschaft eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft gehalten würden, und daß die mit ihm in Gegenseitigkeit stehenden ausländischen Verbände, in deren Wirkungskreise der Typograph zur Einführung gelangte, von dem Abkommen Kenntnis bekämen. Schließlich erklärte sich der Verbandsvorstand noch bereit, bei etwaigen Differenzen die Vermittlung zu übernehmen. Durch die bei der Schaffung dieses Vertrags vom Hauptvorstand unsres Verbandes geltend gemachten Prinzipien wurde nicht nur den deutschen Maschinenfegern eine höhere Bewertung ihrer Arbeitskraft gewährleistet, sondern auch dem Auslande waren durch diese vorausschauende Politik willkommene Stützpunkte geboten worden.

Die zunehmende Einführung der Linotype ließ in der Gehilfenschaft das Verlangen nach einer Tarifierung der Arbeitsverhältnisse an den Seg-

maschinen nur noch lebhafter hervortreten. Mit begreiflicher Spannung sah man deshalb der nächsten Tarifausschussung im Mai 1898 entgegen, die sich auf Grund des inzwischen gesammelten Materials wiederum mit einem Antrage des Kollegen Knie (Stuttgart) betreffend Schaffung von Normen für den Maschinensatz zu befassen hatte. Wie im Vorjahre, so fanden auch diesmal die Forderungen der Gehilfenvertreter auf Festsetzung einer tariflich achtstündigen Arbeitszeit, Nichtbeschäftigung von Lehrlingen an den Sezmashinen, Verbot des Berechnens bei den Prinzipalvertretern keine Würdigung. Neben der Zubilligung einer 25prozentigen Erhöhung des Minimums glaubten sie einer Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit für Maschinenfeger nicht zustimmen zu können. Außer der alten Unmöslichkeit der Prinzipalität gegen eine Arbeitszeitverkürzung lag für ihre Vertreter kein stichhaltiger Grund zur Ablehnung des Achtstundentags als Maximalarbeitszeit vor, denn an der Mehrzahl der Sezmashinen (14) wurde bereits effektiv acht Stunden gearbeitet. Das ergab sich aus einer vorgelegten Statistik des Tarifamts. Die Löhne variierten danach an der Linotype von 24 bis 45 Mk., an der Thorne von 22,75 bis 36 Mk., am Typograph von 17 bis 30 Mk. Die neuerliche Verhandlung über die Schaffung von Normen für den Maschinensatz endete schließlich mit der einstimmigen Annahme folgender Erklärung:

Der Tarifausschuss empfiehlt für die Beschäftigung an Zeilengießmaschinen die Einführung folgender Normen:

1. Es sind nur gelernte Buchdrucker an denselben zu beschäftigen.
2. Das ortsübliche Minimum ist mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu bezahlen.
3. Eine etwaige Lehzzeit darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen.

Wenn auch durch diesen Beschluß noch keine bestimmten Abmachungen tariflich festgelegt wurden, so war dem für die Gehilfen wichtigsten Erfordernisse, daß nur gelernte Buchdrucker an den Sezmashinen beschäftigt werden sollten, doch fürs erste Rechnung getragen worden. Allerdings waren die Prinzipale für die nächstwichtigste Frage, die achtstündige Arbeitszeit, nicht zu gewinnen, und es gelang den Gehilfenvertretern nur, bezüglich der Bezahlung der Maschinenfeger ein wertvolles Zugeständnis zu erhalten.

Im gleichen Jahr unternahm der Verband der elsäß-lothringischen Buchdrucker unter Führung der Straßburger Kollegenschaft einen kräftigen Vorstoß zur Schaffung eines Sezmashinentarifs für Elsaß-Lothringen. Prinzipale und Gehilfen einigten sich auf eine Reihe wichtiger Punkte. Nur Verbandsmitglieder sollten an der Sezmashine beschäftigt werden. Die Norm der Leistungsfähigkeit an der Linotype wurde auf 5000 Buchstaben pro Stunde festgesetzt; beim Berechnen, das nur in Ausnahmefällen gestattet sein sollte, betrug der Grundpreis 15 Pf. pro 1000 Buchstaben; der Minimallohn im Gewissgelde war um 30 Proz. höher als das örtliche Minimum; die tägliche Arbeitszeit sollte acht Stunden nicht überschreiten, und die Zahl der zu leistenden Überstunden durfte nicht mehr als fünf Stunden im Monate betragen. Dieser Erfolg der elsäß-lothringischen Kollegen war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß fast sämtliche Gehilfen dem Verband angehörten und die ausnahmegesetzlichen Preßbestimmungen das Emporkommen von Schmutzkonzurrenz treibenden Schundbuden und Lohndrückeren verhinderten. Außerdem verschonte eine bessere Einsicht die Kollegen Elsaß-Lothringens vor einer derartigen Zersplitterung, wie sie durch die „Ira Gash“ über den deutschen Verband heraufbeschworen wurde, und zwar zu einer Zeit, in welcher das schwierige Problem der Sezmashine seiner im Gehilfeninteresse liegenden Lösung harrete. In Österreich nahmen zunächst die straff disziplinierten Wiener Zeitungsseher, die sich verhältnismäßig günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erfreuten, zur Sezmashinenfrage Stellung, indem ihre Vertreter mit den Prinzipalen über eine Reihe von „Bestimmungen für den Maschinensatz bei den Wiener täglich erscheinenden Zeitungen“ in Verhandlungen eintraten. Im März 1899 kam es zum Abschluß eines Sezmashinentarifs. In der Schweiz

nahmen die Prinzipale eine wenig erfreuliche Stellung zur tariflichen Lösung der Sezmashinenfrage ein, denn sie lehnten es direkt ab, mit den Gehilfen überhaupt zu verhandeln. Die Befürworter von Sezmashinen sollten allein darüber befinden, ob das Bedürfnis einheitlicher Regulierung der Arbeit an Sezmashinen vorliege; ferner wurde es als „unnötig“ bezeichnet, „gegenwärtig die Arbeit an den Sezmashinen einheitlich zu regulieren“. Im äußersten Falle wollte man sich dazu verstehen, nur mit dem an der Sezmashine arbeitenden Personale Vereinbarungen zu treffen. Die Gehilfenvereine hätten sich nicht in eine Frage einzumischen, „die sie gar nicht berühre“.

Gewerkschaftsrevue.

Mit dem Aufstehen des Projekts der von den Gewerkschaften und Gewerkschaften gemeinsam zu begründenden „Volksfürsorge“ setzte bereits eine leidenschaftliche Befämpfung ein. Auf der einen Seite waren es die privaten Versicherungsvereine, die ihren Bestand in den unteren Volksschichten bedroht sahen, und auf der andern Seite standen die Scharfmacher aller Grade, welche in dem Anwachsen der ökonomischen Kräfte der organisierten Arbeiterklasse eine Bedrohung erblickten. Schon vor dem Stattfinden des diesjährigen Konsumgenossenschaftstags in Berlin wurde in den Organen der Versicherungsgesellschaften versucht, das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherungswesen gegen die „Volksfürsorge“ aufzuheben. Dort wurde mit dreifacher Stirn behauptet, ihre Gelder würden zu sozialdemokratischen Parteizwecken und für Streiks Verwendung finden. Daß diese Behauptung niemals Beweiskraft erlangen wird, dafür bürgt schon die Tatsache, daß die freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung dem Kaiserlichen Aufsichtsamt unterstellt werden wird. Im Interesse der Sache aber wollen wir hier aus dem Entwurfe der Kommission den Paragraphen über die Anlegung der Gelder der „Volksfürsorge“ folgen lassen. Er lautet:

Die Anlegung des Vermögens der Gesellschaft erfolgt:

- I. Soweit es sich um etwaige den Prämienreservenfonds bildende Bestände handelt, nach Maßgabe der §§ 59, 60 und 99 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901.
- II. Die Anlegung der übrigen Bestände kann nach den in Ziffer I angeführten Bestimmungen erfolgen, ist aber auch in folgender Weise zulässig:
 1. in Hypotheken, welche nach den gesetzlichen Vorschriften des Bundesstaats, in welchem das beliebige Grundstück liegt, zur Anlegung von Mündelgeldern sich eignen;
 2. in ausländischen Staats- und Kommunalpapieren, jedoch nur insoweit, als dieselben zur Kauionsleistung behufs Erlangung der Konzession zum Geschäftsbetrieb in ausländischen Staaten erforderlich sind;
 3. in Wertpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeld zugelassen sind;
 4. in solchen Pfandbriefen deutscher Hypothekendarlehenbanken, welche die Reichsbank in I. Klasse beleiht;
 5. durch Lombarddarlehen auf Staats-, Kommunal-, landwirtschaftliche und kreisländische Papiere und sonstige Wertpapiere nach den Grundbüchern der Reichsbank;
 6. durch Diskontieren von Wechseln nach den Grundbüchern der Reichsbank mit der Beschränkung, daß der Gesamtbetrag 10 Proz. der vorjährigen Prämienentnahme nicht übersteigen darf.

Der nach Ziffer 4 und 5 anzulegende Betrag darf jedoch 10 Proz. des anlegbaren Vermögens der Gesellschaft nicht übersteigen.

III. Vorübergehend verfügbare Mittel dürfen gemäß einer vom Aufsichtsrate zu erlassenden Anweisung angelegt werden.

Die Vorschriften über die Anlegung der Gesellschaftsgelder finden keine Anwendung auf die durch den Geschäftsverkehr entstehenden Ausstände bei Banfhäusern und Agenturen.

Je näher der Termin des Inkrafttretens der „Volksfürsorge“ heranrückt, desto strupploser wird die Hege der diversen Gegner. Ihre hauptsächlichste Waffe ist ihnen zwar durch die Veröffentlichung der Bestimmungen über die Anlegung der Gelder in dem neuen Unternehmen für das Volk ein für allemal aus der Hand geschlagen worden. Aber schon tauchen neue Behauptungen in vielen Organen auf, die an Dreistigkeit und Boshaftigkeit die früheren noch zu überbieten suchen. So kann sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Zentralorgan deutscher Arbeitgeberverbände, des Verdachts nicht erwehren, daß für Parteitagatoren gutbezahlte Sinecuren geschaffen werden sollen, „daß für einen Teil dieser Elemente, denen die Reichsversicherungsordnung durch die Neuregelung der Krankenversicherungsverwaltungen die Existenz entzieht, ein neuer Unterschlupf gefunden werden soll“. Die Hintermänner dieses in der vorersteren Schlagstreife stehenden edlen Scharfmacherblattes wissen zwar direkt ihren Profit nicht von dem neuen Unternehmen bedroht, das sich ja wesentlich nur gegen zwei große Gesellschaften richtet, — aber indirekt fürchten doch auch sie das Schlimmste.

Die Versicherung würde den Gewerkschaften und dem Zentralverbande deutscher Konsumgenossenschaften Scharen neuer Anhänger zuführen und ihre Organisationen mit neuer Kraft erfüllen. Das muß natürlich mit allen Mitteln verhindert werden.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ glaubt nicht, daß man von Staats wegen etwa infolge unvorrekter Geschäftsführung oder dergleichen der neuen Gründung irgend etwas werde anhaben können. Das ist immerhin eine wertvolle Einsicht, in der sich das Scharfmacherblatt auch nicht enttäuscht sehen wird. Dafür weiß es aber einen sehr ausführlichen Plan, wie man — angeblich wenigstens — dem gefährdrohenden Unternehmen das Wasser abgraben könne. Es wird nämlich in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nichts mehr und nichts weniger vorgeschlagen, als daß — wiederum von Arbeitern eine Konkurrenz aufgemacht werden solle. „Wär' der Bedanke nicht so vermindert geseheit, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen“, und zwar im Hinblick auf den wirklichen Stand der Dinge in der deutschen Arbeiterbewegung und der in ihr lebendigen realen Kräfte. Doch abgesehen von der sich in dem Vorjahre dokumentierenden Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, ist es recht niedlich, daß die Scharfmacher in diesen Fällen die Arbeiter zu Hilfe rufen. Sonst heißt es bekanntlich immer, irgendein großes Unternehmen könne ohne die Leitung eines privatkapitalistisch interessierten Unternehmers nicht bestehen und vorwärts kommen. Hier ist mit einem Male nicht mehr davon die Rede.

Was uns aber als freie Gewerkschaftler an dem Vorschlag am meisten interessiert, ist, welche Arbeiter man als Hilfsmannschaften herbeizuführen: christliche Gewerkschaften und gelbe Werkvereine gemeinsam sollen sich schügend vor das angstbitternde Unternehmertum stellen und der „umstürzlerischen roten Versicherung“ ein Gegengewicht bieten. Jede Untersuchung darüber, ob die christlich-gelbe Koalition dazu imstande wäre, können wir an dieser Stelle füglich beiseite lassen. Uns ist es eine Genugtuung, feststellen zu können, daß unsere Scharfmacher bereits so weit sind, Christliche und Gelbe in einen Brei zu rühren. Bislang machte man auf jener Seite noch immer einen Unterschied zwischen den beiden. Aber die letzten Ereignisse, besonders im Ruhrreviere, scheinen auch die Scharfmacher eines Besseren belehrt zu haben. Die treuen Dienste, die ihnen die christlichen Streikbrecher in so reichem Maße zuteil werden ließen, verdienten ja entschieden eine Belohnung; und diese Belohnung wird den „Christlichen“ hier in aller Öffentlichkeit und mit wünschenswerter Deutlichkeit zuteil.

Wir wissen nicht, ob die Herrns, Giesberts und Genossen auf der einen und Herrs Bebius mit den Seinen auf der andern Seite bereit sein werden, mit den Stinnes, Mend und ihren Freunden im Bunde der freundschaftlichen Einigung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nachzukommen. Unmöglich erscheint es gewiß nicht. Aber wenn auch ein letzter Rest von Schamgefühl die Christlichen veranlassen sollte, abzuwinken, — die Kennzeichnung, die ihnen hier aus dem Unternehmerrager zuteil geworden ist, werden sie so leicht nicht wieder los werden. Jene Herren sind vorsichtig bei ihrer Einschätzung und besonders mit dem Geschenk ihrer Freundschaft und Anerkennung Arbeiterorganisationen gegenüber. Wo sich ihr Vertrauen jedoch so rückhaltlos offenbart wie geschildert, da muß es schon wohlverdient sein. Denkende Arbeiter aber wissen nach alledem sehr wohl, was sie von den christlichen Gewerkschaften zu halten haben.

In der „Hilfe“, deren gereiftes Urteil über gewerkschaftliche Dinge wir sonst schätzen, artikuliert Anton Erkelens, der Hirsch-Dundersche Arbeitersekretär, über: „Die sozialdemokratische Volksfürsorge“ und die liberalen Arbeiter“. Wie ein altes Weib greift der Verfasser darüber, daß alle „sozialdemokratischen Menschen“ der „sozialdemokratischen Versicherung“ ihre Bemühung und Unabhängigkeit verkaufen müssen. Er sieht Gespenster am helllichten Tage, weshalb es ihm notwendig scheint, die liberalen Arbeiter aufzurufen, damit sie ein Gegengewicht bilden „gegen die erstickenden Wirkungen einer neuen Riesenkugel“. Auch Erkelens will demnach Arbeiter gegen Arbeiter auspielen und verfährt dabei nach dem alten Rezept aller Arbeitersplitterer, jeden wirklichen Fortschritt der freien Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ zu denunzieren. Wo sachliche Gründe zur Bekämpfung einer guten Sache fehlen, da werden sie am liebsten durch Verdächtigungen ersetzt. Was kümmert Erkelens die privatkapitalistische Umklammerung des arbeitenden Volkes durch einige wenige Versicherungsgesellschaften vom Schlege der „Victoria“, die ihrem Direktor im letzten Jahre allein ein Gehalt von 780000 Mark zahlte! Außerdem erhielten die sieben Aufsichtsratsmitglieder dieser Gesellschaft an Lohntien zusammen 150000 Mk.; die Aktionäre an Dividenden 1 800 000 Mk., d. h. 39 Proz. ihres eingezahlten Aktienkapitals. Bei der „Friedrich Wilhelm“ liegen die Dinge nicht viel anders. Auch hier machen die interessierten Kapitalisten ein Bombengeschäft, denn sie erhielten auf ihr Aktienkapital im Jahre 1910 36 Proz.! In den letzten drei Jahren sind bei der „Victoria“ und der „Friedrich Wilhelm“ zusammen 666543 — bei sämtlichen Versicherungsgesellschaften über eine Million — Policen verfallen. Hunderttausende armer, unbemittelter Volksgenossen verlieren auf diese Weise jährlich große Summen Geldes an die privaten Versicherungsgesellschaften, ohne irgendwelche Gegenleistungen von ihnen zu empfangen. Gerade bei der Volksversicherung lassen sich die Gesellschaften von den Arbeitern hohe Prämien zahlen, ohne ihnen eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Die „Victoria“ vereinnahmte in den letzten drei Jahren an

Prämien von den Volksversicherten 197 635 831 M., an Policengebühren 2258 743 M.; sie schrieb den Versicherten an Geminntanteilen gut: 29 272 641 M., so daß sie von den Versicherten eine Nettoeinnahme von 170 621 933 M. erzielte; an Versicherungssummen und für Rücklauf von Policen verausgabte die „Victoria“ dagegen nur an die Versicherten 84 917 805 M. Bei der „Friedrich Wilhelm“ ist das Verhältnis noch ungünstiger, sie verzeichnete 1908, 1909, 1910 zusammen von den Versicherten 62 1/2 Millionen Mark, ihre Gegenleistung an die Versicherten betrug dagegen nur 18 Millionen Mark. Dabei kommen nicht etwa Ausnahmefälle in Frage; nein, jahraus jahrein dasselbe Bild: hohe Prämieineinnahme — ganz minimale Gegenleistungen an die Versicherten.

Trotz dieser Tatsachen sieht der Hirsch-Dunderische Anton Erlezenz in der „Volksfürsorge“ nur die „eisernen Umklammerungen der genialen sozialdemokratischen Massenbewegungen“, zu deren Gegenwehr er die liberalen Arbeiter aufruft, ohne ihnen etwas Gleichartiges oder gar Besseres bieten zu können. Ein liberal gesinnter Arbeiter läßt sich aber heutzutage ebensowenig mit Geschwäg, mit Worten abspenken wie ein sozialdemokratischer. Wert her! Taten her! Das ist überall die Parole geworden. Nichts muß den auf neutralem Boden stehenden Freund und Förderer einer freisinnlich gerichteten Gewerkschaftsarbeit mehr empören, als wenn wider besseres Wissen und lediglich deshalb der sozialdemokratische Popanz herausgestellt wird, um eine großartige Einrichtung in Mitleidenschaft zu bringen, die ohne Zweifel segensreich für das Volk wirken wird! Die falschen Arbeiterfreunde sätzen es allerdings sehr gern, wenn die Arbeiter aus lauter parteipolitischen Streitigkeiten gar nicht mehr herauskämen; wenn sie zum Nachteil ihrer weit wichtigeren wirtschaftlichen Bestrebungen ihre besten Kräfte zur „Gegenwehr“ in Erlezenz'sche Sinne vergeuben. Darüber ist man jedoch auf freigerwerbschaftlicher Seite glücklicherweise hinaus, weil man eingesehen hat, daß in wirtschaftlichen Dingen den Arbeitern die gewerkschaftliche Geschlossenheit über alles gehen muß. Dieser Erfahrungstafel wird sich kein denkender Arbeiter verschließen können, gleichgültig welcher politischen Partei er angehört oder zu welcher Glaubensgemeinschaft er sich bekennt.

Begünstigt der am 1. Januar 1913 in Kraft tretenden „Volksfürsorge“ können wir nur das wiederholen, was wir schon in unserm Artikel, der das Projekt begrüßte, erklärten: „Die Aktion der Gegner wird ein klägliches Fiasko erleben, wenn die Leidenschaftlichkeit, mit der sie die „Volksfürsorge“ bekämpfen, ihr natürliches Gegengewicht findet in der nachhaltigen Unterstützung dieser segensreichen Einrichtung durch die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.“

Korrespondenzen.

Berlin. Morgen (21. Juli) begeht Kollege August Haeffler sein 50-jähriges Berufsjubiläum. Aus diesem Anlasse veranstalteten die Kollegen der Buchdruckerei Menthall & Co., wofolst er schon über 40 Jahre konditioniert, am 4. August, vormittags 10 Uhr, in der „Brauerei Pfefferberg“ eine entsprechende Feier. Kollegen, die hieran Interesse haben, erfahren Näheres durch Kollegen Karl Wendland, Berlin-Friedrichsfelde, Berliner Straße 100.

-I. Dessau. Ein stattliches Buchdruckerpöckchen versammelte sich am 7. Juli im hiesigen „Gewerkschaftshaus“. Der Anlaß hierzu war ein dreifacher: die Generalversammlung der Maschinenfegervereinigung Gau „An der Saale“, die Feier des zehnjährigen Bestehens dieser Vereinigung und das Johannistfest des Ortsvereins Dessau. Nachdem die auswärtigen Kollegen am Bahnhof empfangen und zum Festort geleitet waren, begann die Stiftungsfeier mit einem Festakt im blumengeschmückten Saale. Das vom Gesangverein „Gutenberg“ Dessau gesungene Lied „Wir grüßen euch“ leitete sie ein. Nachdem Herr Peters einen stimmungsvollen Prolog gesprochen hatte, nahm Kollege Peters (Dessau) das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er streifte die Geschichte der Segmaschinen und warf dann einen Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Vereinigung, wie sie aus kleinen Anfängen heraus nun eine zahlreiche Kollegen-schar zu ihren Mitgliedern zähle. Ganz besonders feierte er den Vorsitzenden Winter (Magdeburg), der seit der Gründung an ihrer Spitze steht und ihr in zehnjähriger treuer, unverdrossener Arbeit zu ihrer jetzigen Blüte mitverholfen habe. Im Namen aller Mitglieder dankte der Redner dem Kollegen Winter für seine bisherige Tätigkeit und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, an der Spitze der Vereinigung zu stehen. Als äußeres Zeichen der Wertschätzung übergab er ihm darauf ein vom Bezirks Dessau gestiftetes Geschenk. Hierauf nahm Kollege König (Halle) das Wort. Er begrüßte die Vereinigung namens des Gewerkschaftsverbandes und sprach dem Vorsitzenden seine Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit aus. Anschließend machte er noch recht interessante Ausführungen über den neuen Tarif und mahnte die Sparte, sich nicht mit Tarifpolitik zu befassen, sie möge sich vielmehr nur ihren technischen Aufgaben widmen. Kollege Wegschmidt (Leipzig) überbrachte die Glückwünsche der Leipziger Vereinigung. Der Vorsitzende sprach für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit seinen herzlichsten Dank aus und schloß mit einem Hoch auf die Vereinigung. Es trat nun eine kleine Pause ein, worauf die Generalversammlung begann. Kollege Winter eröffnete sie mit der Verlesung der von der Zentralkommission und der Maschinenfegervereinigung Rheinland-Westfalen eingegangenen

Glückwunschtelegramme. Sodann widmete er den verstorbenen Mitgliedern Knipper (Wittenberg) und Ränger (Dessau) einen ehrenden Nachruf, worauf sich die Versammlung von ihren Sigen erhob. Unter „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende mit, daß der Bezirk Queblinburg aufgehoben und an Halberstadt angegliedert worden sei und bedauerte den Austritt der Mitgliedschaft Weisenfels und verschiedener Hallescher Kollegen. Hieran knüpfte er die Bemerkung, daß es Pflicht eines jeden Verbandskollegen sei, auch seiner Sparte anzugehören. Kassierer Fehring er gab nun seinen Kassenbericht, der als nicht günstig bezeichnet werden kann. Auf Antrag der Revisoren wurde darauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Im längeren Ausführungen teilte der Vorsitzende das Ergebnis der Tarifeinführung im Gau mit. Es kamen nun verschiedene Anträge zur Abstimmung, bei denen eine lebhafte Besprechung gepflogen wurde. Im letzten Quartale d. J. soll ein Beitrag von 15 Pf. pro Mitglied und Woche erhoben werden. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Die alten Vorstandsmitglieder wurden per Affirmation wiedergewählt. Nachdem als Ort der nächstjährigen Versammlung Köthen gewählt worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Darauf folgte ein gemeinschaftliches Mittagsmahl. Nachdem wurde ein Spaziergang durch die Stadt unternommen. Inzwischen hatten sich die Dessauer Kollegen mit ihren Familien zur Feier des Johannistfestes eingefunden, und bei Konzert, Gesangsvorträgen des „Gutenberg“, Tanz und vielen andern Belustigungen verlebten die auswärtigen Kollegen mit ihnen noch manch fröhliche Stunde. Erwähnt möge an dieser Stelle noch das überaus kollegiale Entgegenkommen des Dessauer Ortsvereins werden und sei ihm dafür nochmals herzlich gedankt!

Dresden. Verein der in Schriftgießereien Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Am 8. Juli hielt unser Verein seine Generalversammlung ab. Die gutbesuchte Versammlung ehrte zunächst das Gedächtnis des verstorbenen Kollegen Ernst Richter in der üblichen Weise. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß sich die Finanzen des Vereins wieder gehoben haben, was in den letzten Jahren nicht zu konstatieren war. Um die Kassenverhältnisse dauernd zu bessern, schlug der Vorsitzende eine Änderung des Statuts vor, welche demnächst vorgenommen werden soll. Darauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Seit dem 1. Januar ist der neue Berliner Tarif sowie der Dresdener Schnellgießmaschinen-Tarif auf fünf Jahre tarifgemeinschaftlich festgelegt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der Vorsitzende G. Haaf wiedergewählt, ebenso der Kassierer E. Fischer. Dann wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest in Gestalt einer Partie nach dem Müßiggang bei Kreische am 25. August zu feiern.

Grätz. Maschinenfegervereinigung. Am 14. Juli fand eine gutbesuchte Monatsversammlung statt, der eine Besichtigung der Dreimagazinlinotype der Firma Hoffmann & Reiber vorausging. Die gebiegene und einfache Lösung des Problems der Dreimagazinlinotype rief das allgemeine Interesse aller Kollegen an, welches durch demonstrative Vorführungen einiger Kollegen noch erhöht wurde. Der Firma sei für ihr Entgegenkommen hiermit gedankt. In der nun folgenden Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß sich abreisende Kollegen nicht daran gewöhnen könnten, sich abzumelden und hat um strengere Beachtung der bezüglichen Bestimmungen. Ferner legte er die Versammlung davon in Kenntnis, daß in Weiswasser eine Typographiemaschine aufgestellt gefunden habe und sprach die Erwartung aus, daß wir die daran arbeitenden Kollegen bald als unsere ersten Bezirksmitglieder aufweisen könnten. Infolge der vorgerückten Zeit mußte der Vortrag „Das Segmaschinenmetall“ von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Gummersbad. In der gutbesuchten Monatsversammlung am 6. Juli wurde gegen die Verdächtigungen der Verbandsmitglieder durch die Prinzipale des Kreises II einmütig Protest erhoben. Alle Anwesenden waren der Meinung, daß diese Machinationen eines Teils der Prinzipale nur bezweckten, dem „Christlichen“ Gutenbergsbund, der von seiner Christlichkeit schon wahre Kraftproben abgelegt hat, etwas auf die wackligen Füße zu helfen. Nach Erledigung einiger anderer Punkte wurde beschlossen, am 28. Juli einen Ausflug nach Lüdenscheid zu unternehmen.

Gomberg-Wörs-Rheinberg. In der am 6. Juli abgehaltenen Monatsversammlung wurde u. a. eine Resolution angenommen, worin energisch protestiert wird gegen die ungerechtfertigte Beschuldigung der rheinisch-westfälischen Prinzipale, daß die Mitglieder des Verbandes diesem nicht angehörenden Helfen das Arbeiten in tariflichen Druckereien erschwerten.

Riegnitz. Die am 6. Juli abgehaltene Monatsversammlung hatte hinsichtlich des Besuchs unter vollstetigsten Veranlassungen zu leiden. Von 100 am Orte beschäftigten Mitgliedern waren nur 44 anwesend. Nachdem der Vorsitzende E. Scholz verschiedene Eingänge und Mitteilungen bekanntgegeben hatte, teilte er mit, daß das Restantenumwesen im Bezirk wieder um sich gegriffen habe. Der Vorstand sei deshalb gezwungen, mit aller Schärfe gegen die Säumigen vorzugehen. Eine rege Debatte entspann sich über die Ferienfrage in Riegnitz. Der weitaus größte Teil der hiesigen Kollegen ist nicht in der Lage, sich dieses Genusses zu erfreuen, da den hiesigen Prinzipalen, mit Ausnahme von zweien, das soziale Verständnis dafür abhanden gekommen ist. In der letzten Monatsversammlung wurde der Vorstand beauftragt, die drei

hiesigen Zeitungsverleger, die in den Spalten ihrer Organe die Wohltat von Ferien für Angestellte anderer Gewerbe laut pfeifen, zu erfragen, auch ihren eignen Angestellten den Genuß der Ferien zuteil werden zu lassen. Als Antwort ging ein Schreiben ein, das von allen drei Zeitungsverlegern gezeichnet war und die Mitteilung enthielt, daß man (unter Hinweis auf die Resultate der letzten Tarifrevision) nicht in der Lage sei, dem gesamten Personal unter Fortziehung des Lohns Ferien zu geben. Daß unsere Prinzipale aber allein die Gebenden sind, sondern ihre Interessen gelegentlich der Tarifierhöhung zu wahren verstanden, beweisen uns die hübsch gestiegenen Druckpreise, außerdem sind die Abonnementsgelder der Zeitungen in die Höhe gegangen, und dazu kommt noch, daß die Maschinenfeger täglich eine halbe Stunde mehr Arbeitszeit erhalten haben, so daß die halbstündige Arbeitszeitverkürzung der Handfeger pro Woche wohl eingestrichelt wird. Ebenso sind auch die Inseratenpalten aller drei Zeitungen verschmälert worden, so daß eine bis zwei Spalten auf der Seite jetzt mehr vorhanden sind, was natürlich einen erheblichen Betrag mehr einbringt. Greift man nur das „Riegnitzer Tageblatt“ heraus, so hat dieses schon durch die erhöhten Abonnementspreise eine jährliche Mehreinnahme von — wenig gerechnet — 9000 M. Und trotzdem treiben unsere Zeitungsverleger die Intonsequenz so weit, die Einführung von Ferien anderen Arbeitgebern zu empfehlen, während sie selbst mit schlechtem Beispiele vorangehen! Nachdem noch einige Interna erledigt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rainz. Maschinenfeger. — Vierteljahrsbericht. In der am 24. März abgehaltenen Versammlung wurden die §§ 46—54 der Bestimmungen des Maschinenfeger-Tarifs einer eingehenden Besprechung unterzogen. Gegen die unzutreffende Behauptung der Prinzipale betreffend der Bestimmungsurteilung durch die Gehilfen wurde entschieden protestiert. Die am 12. Mai stattgehabte Versammlung beschäftigte sich u. a. mit der Festschreibung von Broschüre und den Restamen der Monotype contra Linotype. Vom Vorsitzenden wurden die Veröffentlichungen einer eingehenden Kritik unterzogen. Der im vorigen Jahre mit so großem Beifall aufgenommene gemeinsame Maschinenfegerausflug in die Bergstraße soll in diesem Jahr als Rheinpertarie begangen werden. Die Vorarbeiten hierzu hat der hiesige Verein übernommen. Mit Rücksicht auf diesen Ausflug soll von der Feier des zehnjährigen Stiftungsfestes abgesehen werden. Einige technische Fragen an Typograph und an der Linotype wurden ausföhrlich besprochen. — In der Versammlung am 7. Juli wurde an Hand von Zeichnungen der Spationierapparat der Mergenthaler Segmaschinenfabrik den Kollegen erläutert. Verschiedene Artikel über Maschinenfegerfragen sowohl in der „Zeitschrift“ als auch im „Korr.“ wurden dem Studium der Kollegen empfohlen. Der Versammlungsbesuch könnte besser sein.

Menden-Gemein. Vom schönsten Wetter begünstigt beging unser Ortsverein unter zahlreicher Beteiligung am 7. Juli sein Johannistfest durch einen Ausflug mit dem Endziele Winterhof—Stefanopol. Die eigentliche Feier bestand in Konzert, Preisquadräteln und Tanz. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden hielt Kollege ten Haaf eine der Bedeutung des Tags entsprechende Ansprache und gedachte auch unserer Organisation. Humoristisch veranlagte Kollegen taten das Fröge, um das Fest zu verschönern. Nach Menden zurückgekehrt, blieben die Teilnehmer noch einige Stunden bei echtem Buchdruckerhumor zusammen.

Ib. Naumburg a. S. (Halbjahrsbericht.) In der Februarversammlung wurde vom Schiedsgerichtsvorsitzenden Freier ein kurzer Überblick über die Tätigkeit des hiesigen Schiedsgerichts im vergangenen Jahre gegeben. — In der am 16. März abgehaltenen Versammlung hielt der Geschäftsführer des Konsumvereins Weisenfels-Naumburg einen Vortrag über das „Genossenschaftswesen“. Der fünfviertelstündige Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und eine vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme. Für die hiesige Buchdruckerschule wurden 40 M. bewilligt und für die im Strecke stehenden Vergarbeiter, Vorgesellensarbeiter und Schneider 100 M. — Das Vormittagskonzert am ersten Osterfeiertage war leider recht schwach besucht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Ehrung des Kollegen Schwei er für seine 25-jährige Verbandsangehörigkeit vorgenommen. — Die Versammlung am 4. Mai befaßte sich nach Erledigung des „Geschäftlichen“ mit der Ausnahme von elf Neuausgerenteten, welche sämtlich in unsere Reihen eingestrichelt wurden. Ferner wurde beschlossen, das Johannistfest in der bisherigen Weise zu feiern. — In der Junierversammlung wurden wiederum zwei Kollegen in unsere Reihen aufgenommen. Ein Mitglied mußte jedoch wegen Rekruten ausgegeschlossen werden. Das hiesige Gewerkschaftskartell plant eine Statistik über die Naumburger Arbeiterverhältnisse, die in Broschürenform herausgegeben werden soll. Die auf unsere Gewerkschaft entfallende Summe von 50 M. wurde übernommen. In sämtlichen Versammlungen wurden die einzelnen Paragraphen des neuen Tarifs der Reihe nach durchgenommen und vom Schiedsgerichtsvorsitzenden in eingehender Weise erläutert. Leider waren aber immer nur 50 Proz. der Mitglieder anwesend. Es sollte sich doch die Gewohnheitsschwänzer einmal aufraffen und mehr Interesse an gewerkschaftlichen Leben zeigen. Darin würde der Vorstand eine Anerkennung für seine Arbeit erblicken können.

Reusatz a. O. (Vierteljahrsbericht.) Im zweiten Vierteljahre wurden zwei Monats- und eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Wenn wir zu

Anfang des Vierteljahrs noch eine Mitgliederzahl von 35 hatten, so schmolz diese Zahl am Schlusse der Berichtszeit auf die Hälfte zusammen. Die hier seit einem knappen Jahre bestehende „Neufahrer Zeitung“ im Verlage der Firma Bröbster & Co. hat nunmehr ihr Erscheinen eingestellt. Infolgedessen mußte mancher Kollege den Wanderstab ergreifen. Doch war es der Mehrzahl der Kollegen noch vergönnt, unser Johannisfest am 7. Juli in Kuster mitzufeiern, das einen recht schönen Verlauf nahm und den Scheidenden eine angenehme Erinnerung an den Ortsverein bleiben dürfte. Zur Erlangung einer Johannisfestkarte veranstaltete die Graphische Vereinigung in dankenswerter Weise einen Wettbewerb, wozu aus der Ortskasse eine kleine Summe für die besten Arbeiten bewilligt wurde. Leider dürfte auch die seit der kurzen Zeit ihres Bestehens sehr regame Vereinigung durch den Mitgliederabgang zu leiden haben. — Die am 13. Juli abgehaltene außerordentliche Generalversammlung mußte zur Neuwahl des Vorstehenden schreiten, da unser langjähriger Vorsitzender ebenfalls unsern Ort verlassen muß.

Paderborn. In der Monatsversammlung am 6. Juli wurde nach Erledigung des „Geschäftlichen“ auch Stellung genommen zu den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II zur Breslauer Tagung des Deutschen Buchdruckervereins. Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Verdächtigungen der Verbandsmitglieder zurückgewiesen wurden, weil vom hiesigen Ort eher das Gegenteil gesagt werden könnte. — Das diesjährige Johannisfest nahm unter Beteiligung fast sämtlicher Kollegen mit ihren Damen einen guten Verlauf. Die Mitgliederzahl unsres Ortsvereins beträgt jetzt 27.

Kr. Regensburg. (Vierteljahrsbericht.) Versammlung am 11. Mai: Die Verlegung des Verkehrs der Durchreisenden in das Restaurant „Zur Heimat“ wurde beschlossen. Ein Gauvorstandsmitglied gelangte zur Kenntnis. Der Vorsitzende geistete am Schlusse der Versammlung die Interessiertheit der Kollegen am Verbandsleben, die immer dann am schärfsten zutage trete, wenn die Einführung eines neuen Tarifs ihre Erledigung gefunden habe. Er forderte die Mitglieder zum fleißigen Studium des „Korr.“ auf. Kleinere Angelegenheiten bildeten den Schluß. — Versammlung am 8. Juni: Die Prinzipale Regensburgs legten ihre Personalien eine in einigen Punkten stark veränderte Arbeitsordnung vor. Ferner wurde von ihnen das Einbringen der nicht gesetzlichen halben Feiertage verlangt; gleichzeitig gaben sie bekannt, daß der Johannisstag laut Gesetz neuer schon als abgeklärt gelte. Daß alle diese und noch mehrere solcher Bestimmungen, welche das „Wohlbefinden“ der hiesigen Prinzipalität ausdrücken, mit sehr gemäßigten Gesühen aufgenommen wurden, zeigte die lebhafteste Debatte. Ein definitiver Beschluß konnte jedoch noch nicht gefaßt werden, bis der Vorsitzende Soboda mit dem Vorsitzenden des hiesigen Prinzipalvereins, Herrn Sabel jun., Rücksprache genommen hatte. Lokale Angelegenheiten wurden besprochen und erledigt. — Am 19. Juni machte sich eine bringende Versammlung notwendig, um wegen der bevorstehenden beiden Feiertage Peter und Paul sowie des Johannisstags zu den neuen Bestimmungen der hiesigen Prinzipalvereinigung endgültig Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, das verlangte Einbringen der halben Feiertage erst dann zu akzeptieren, wenn die rigorosen Bestimmungen in der neuen Arbeitsordnung entweder verschwinden oder doch bedeutend gemildert würden. Bezüglich des Johannisstags wurden uns keinerlei Zugeständnisse gemacht, weil selbiger laut Gesetz in Zukunft als Arbeitstag zu gelten hat. — Die Beteiligung der hiesigen Mitglieder lag am gemeinsamen Johannisfest in Ubergang war eine gute.

F. Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) Das abgelaufene Vierteljahr verlief wesentlich ruhiger als die vorhergehenden, auch der Versammlungsbesuch war etwas schwächer als im Winter. — Am 4. Mai lag ein mit trefflichen Proben belegtes schriftliches Referat von Santos & Schwarzler vor über die Verwendung von Freidreierleuchtungen beim Mehrfarbendruck. Eine lebhaft und fruchtbar ausgesprochene Entspannung über das Thema: „Zylinderlaufzug an Schnellpressen“. — Die Versammlung vom 29. Juni nahm einen Vortrag des Kollegen P. Stoher über „Walzenzug und -behandlung“ entgegen, der dieses Thema in erschöpfender Weise behandelte. Einen interessanten Stoff hatte Kollege Lober zu einem Vortrage bearbeitet: „Eine Ferienreise an die Wasserfälle“. Sehr anschaulich entrollte sich die ganze Reise mit ihren Schönheiten und mancherlei heiteren Zwischenfällen, und in den Dank an den Referenten mischte sich ein lautes Meidgefühl. — Am 16. Juni tagte eine Vertreterkonferenz der Vereine von Ehlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Pforzheim, Neutlingen-Ellwangen, Stuttgart und Ulm zwecks engeren Zusammenhanges dieser sieben Vereine. Das Resultat der Verhandlungen war der Beschluß, daß die auswärtigen Vereine einen bestimmten Betrag pro Mitglied und Jahr nach Stuttgart abführen, wofür der hiesige Verein zur regelmäßigen stattfindenden Jahresversammlung die ganzen Kosten sowie halbe Fahrtentschädigung an die auswärtigen Teilnehmer übernimmt. Außerdem wurde die Bestellung von Referenten zu beruflichen Fragen sowie der Austausch fachtechnischer Rundsendungen beschlossen.

nk. Swinemünde. (Vierteljahrsbericht.) Unser letztes Vierteljahr kann man gegen die Wintermonate in gewerkschaftlicher Beziehung ein arbeitsreiches, interessantes nennen. In der Maiversammlung wurde beschlossen, fürder, wenn die Tagesordnung keine „Kardinalfragen“ zu bieten vermag, aus dem Mitgliederkreise heraus Vorträge halten zu lassen. Der Vorschlag fand

allseitig Beifall, und als erster referierte Kollege August Schüller über: „Die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung“. Dem beifällig aufgenommenen, von großer Sachkenntnis und Individualität belebten Vortrage werden sich noch weitere anschließen. Außerdem konnten wir vier junge Kollegen zur Aufnahme in unsere Organisation empfehlen. — Unser diesjähriges Johannisfest feierten wir am 24. Juni durch einen Ausflug nach dem romantisch schön gelegenen Rißig auf Itebom. — In der Zulieferung bildete eine tarifliche Angelegenheit den Gegenstand der Debatte. Und zwar war es der ablehnende Bescheid vom Kreisamte Stettin betreffs unsres Besuchs um Gewährung eines Saisonzuschlags. Das Kreisamt konnte, wie uns mitgeteilt wurde, unsern gut begründeten Vorträge nachträglich nicht mehr stattgeben, weil ein solcher bereits bei der Revision des Tarifs hätte gestellt werden müssen. Da von unsrer Seite rechtzeitig ausreichendes Material zwecks Begründung unsres Antrags auf Erhöhung des Sotalszuschlags von 2 $\frac{1}{2}$ auf 10 Proz. der kompetenten Stelle überreicht wurde, nimmt es wunder, daß man (nach unsrer Absprechung mit 5 Proz. ab 1. Januar 1913) gerade im Kreise XI, wo doch eine ganze Anzahl größerer, gut frequentierter und daher teurerer Waberte (Swinemünde, Hülbe, Heringsdorf usw.) vorhanden, nicht einen Druckort verzeichnen findet, dem ein Saisonzuschlag zuerkannt wurde, zum Unterschied von andern Kreisen mit kleineren Kur- und Waberten. Die Ursache hiervon harret noch der Aufklärung. Wir werden nun unter Inanspruchnahme des Tarifamts, gestützt auf § 12 Ziffer 6 des Tarifs, einen Saisonzuschlag für das neuere Swinemünde zu erreichen versuchen. Die übrigen Angelegenheiten waren für die Öffentlichkeit von weniger Interesse. Erwähnenswert wäre vielleicht noch die von uns gemachte Wahrnehmung, daß manche Prinzipale mit der Lohnstaffelung und dadurch mit dem Tarif ein wenig Mißbrauch treiben, indem sie versuchen, besonders für kürzere Zeit (Saisonarbeiten) nur solche Gehilfen einzustellen, die gerade erst ausgebildet haben, also nur gering entlohnt werden. Daß man dennoch über ungenügende Leistungen klagt, zeigt wohl jedem zum Lachen.

Trebbin. (Vierteljahrsbericht.) Die am 13. April abgehaltene Versammlung war gut besucht. Neu aufgenommen wurden drei Kollegen, die zum Ostertermin ausgebildet hatten. Nach Abnahme der Vierteljahrsabrechnung gab der Vorsitzende den Bericht von der Bezirksversammlung. Der Kartelldelegierte erstattete den Kartellbericht. — Die Versammlung am 4. Mai war anfangs schwach besucht. Ein zu dieser Versammlung in Aussicht genommener Vortrag mußte hinausgeschoben werden. Der Kartellbericht war sehr interessant. Des weiteren machte der Vorsitzende auf ein Flugblatt des Gutenbergsbundes aufmerksam. Wir können aber mit Genugtuung konstatieren, daß diese „Marke“ hier nicht zieht. — Der 23. Juni war ein großer Tag für die Trebbiner Kollegen. Zu der am Vormittag abgehaltenen Versammlung waren Gauvorsteher Hannack (Stettin) sowie Bezirksvorsteher Wesenber (Potsdam) und Bezirksstärker Hüttig (Potsdam) erschienen. Über auch der Jüterbogener Ortsverein war durch ein Mitglied vertreten. Der Ludenwalder Ortsverein mußte des Gewerkschaftsfestes halber absagen. Der Vorsitzende begrüßte sämtliche Anwesenden aufs herzlichste. Kollege Hannack referierte sodann in fünfviertelstündigem Referat über: „Tarifliche Zeit- und Streitfragen“. In klarer und sachlicher Form entlegte er sich seiner Aufgabe und erntete dafür reichen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde dann eine Aussprache über den Ort der nächsten Bezirksversammlung geführt. Da die Jüterbogener Kollegen kein passendes Lokal zur Verfügung stellen können, so findet diese wahrscheinlich in Trebbin statt. Das Johannisfestprogramm lag gedruckt vor. An den Kartellbericht knüpfte sich eine rege Debatte. Unter „Verchiedenes“ wurden noch interne Angelegenheiten mit dem Bezirksvorstand erledigt. Anwesend waren 38 Kollegen.

Waldenburg i. Schl. (Halbjahrsbericht.) Im verfloffenen Halbjahre hielt der Ortsverein außer der Generalversammlung vier Monatsversammlungen ab, die einen mittelmäßigen Besuch aufzuweisen hatten. Die Gottesberger Kollegen zeigten durch ihr regelmäßiges Erscheinen reges Interesse. Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich von der Anzahl ihrer im Verbands geleisteten Beiträge überzeugen zu können, wurde beschlossen, dem neuausgearbeiteten Ortsvereinsstatut einen Anhang beizufügen, in welchem die Beiträge zu den Vertrauensmännern abgestempelt werden. Die beabsichtigte Wiedergründung einer Gesangsabteilung scheiterte leider. Die Unterstützung der Ausgefueuerten und Nichtbezugsberechtigten wurde von 75 Pf. auf 1,50 Mk. erhöht. Die durchreisenden Kollegen, welche auf der Gewerkschaftsbergwerke übernachten, erhalten auf Kosten der Ortskasse einen Zuschuß zu den Schlafmarken. Auf die Einladung des Maschinenmeistervereins hin beteiligten sich die Mitglieder des Ortsvereins an der Beschäftigung der Drucker der „Schlesischen Bergwacht“ und der Konsumvereinsbäckerei. An dem Johannisfestdruckausstausche des Verbandes der Typographischen Gesellschaften beteiligte sich der Ortsverein auch dieses Jahr wieder. — In der Versammlung am 7. Juli wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Klachöfer gelehrt. Der Kreisvorsitzende des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Kollege Neugebauer (Breslau), hielt einen Lehrvortrag, mit Beifall aufgenommenen fachtechnischen Vortrag über das Thema: „Welche Aufgaben stellt die Praxis?“ Verbunden war damit eine Ausstellung von Drucksachen. An festlichen Veranstaltungen fand im ver-

gangenen Halbjahr außer dem Johannisfest ein Wintervergnügen statt. — Um den kollegialen Verkehr zu heben und zu pflegen, beschloß die Zulieferung, wenn irgend angängig Sonntagsausflüge in unsre nähere, abwechslungsreiche Umgegend zu veranstalten.

Rundschau.

Ferien! In Passau gewährte die Geschäftsbüchereifabrik und Buchdruckerei Georg Kasper ihrem gesamten Personal drei freie Tage ohne besondere Karenz; ferner bewilligte die Buchdruckerei Wilhelm Müller jun., G. m. b. H., in Ohligs ihrem Personal bei fünfjähriger Karenz drei Tage und bei achtjähriger eine Woche Ferien. — In Götting bewilligte der jetzige Inhaber der Buchdruckerei Eugen Wunde, Harry Eger, dem gesamten Personal ein bis sechs Tage Erholungsurlaub und in Mar Kliffa erhält das Personal der Buchdruckerei von Paul Menzel vier bis sechs Tage Ferien. Ferner bewilligte die Buchdruckerei von W. Wimmershof in Diederhosen ihrem Seherpersonal eine Woche Ferien bei einjähriger Karenz. Fünf Kollegen treten in den Genuß dieser Vergünstigung. — In Warmen gewährte die Buchdruckerei „Westdeutscher Jünglingsbund“ ihrem Personal bei ein- bis vierjähriger Karenz drei und bei mehr als vierjähriger Geschäftszugehörigkeit sechs Tage Ferien.

Stiftung. Anlässlich des Todestags des am 14. Juli vorigen Jahres verstorbenen Zeitungsverlegers August Sud haben dessen Hinterbliebene nach einer Weisung der „Münchener Zeitung“ den Betrag von 100000 Mk. zu Unterstüßungszwecken für das Personal ihrer Zeitungsunternehmen in München, Frankfurt a. M., Dresden, Stuttgart und Zürich gestiftet. Besondere Bedingungen, unter welchen die Stiftung ihren Ausdruck finden soll, sind uns nicht bekannt geworden.

Organisationszugehörigkeit als Entlassungsgrund. Um Mißverständnisse vorzubeugen, sehen wir uns durch eine Notiz in Nr. 57 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß eventuell gleichlaufende Schlussfolgerungen aus einem Urteile des Gewerbegerichts in Chemnitz, wonach ein Unternehmer berechtigt sein soll, die bestimmte Zugehörigkeit zu einer Organisation als Entlassungsgrund zu betrachten, innerhalb des Geltungsbereichs unsrer Tarifgemeinschaft nicht gezogen werden können. In § 10 Absatz 2 des Tarifs ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Konstitution und deren Dauer nicht von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder Klasse abhängig gemacht werden darf. Übrigens ist das hier in Frage kommende Gewerbegerichtsurteil keineswegs neueren Datums, sondern über ein halbes Jahr alt. In Nr. 6 vom 16. Januar d. J. haben wir schon dazu Stellung genommen und hervorgehoben, daß dieses Urteil auch mit der Gewerbeordnung in Widerspruch steht, da durch letztere die Koalitionsfreiheit reichsgesetzlich gewährleistet ist.

Eine Lohnbewegung in den Berliner Buchdruckmaschinenfabriken. Die Arbeiter der Buchdruckmaschinenfabriken in Berlin beschlossen, den Arbeitgebern durch ihren Vorstand einen neuen Tarif unterbreiten zu lassen, der eine Minimalarbeitszeit von neun Stunden an gewöhnlichen Wochentagen, von acht Stunden an Sonnabenden vorlieht. Der Mindestlohn für Schlosser, Tischler, Dreher soll im ersten Jahre nach beendigter Lehre 60 Pf., alsdann 70 Pf., für Monteure 75 Pf., für Hilfsarbeiter 55 Pf. pro Stunde betragen.

Gewerbegerichtswahl in Koblenz. Bei der vor einigen Tagen in Koblenz vorgenommenen Gewerbegerichtswahl erhielten die freien Gewerkschaften 807 Stimmen und drei Sitze, während die „Christlichen“ trotz ihrer sonstigen Vorherrschaft in Koblenz nur 575 Stimmen erhielten.

Hansabund und Arbeiterbewegung. Auf dem kürzlich abgehaltenen pfälzischen Kreisverbandstage des Hansabundes wurde u. a. auch die Frage des Arbeitswilligenzuges eingehend erörtert. Die in der Denkschrift der Zentrale niedergelegten Leitfäden fordern bekanntlich eine Erweiterung des § 240 des Strafgesetzbuchs in dem Sinne, daß „eine jede mittels rechtswidriger Drohung unternommene Nötigung unter Strafe gestellt wird“; ferner soll der § 241 eine Verschärfung erhalten, wonach eine strafbare Handlung auch dann vorliegen soll, wenn jemand einen andern durch eine ihn in seinem Berufe, seiner wirtschaftlichen Existenz oder seinem Ansehen gefährdende Drohung in seinem Frieden stört“. Endlich wird noch die Einführung eines strafrechtlichen Schutzes gegen Verurteilungen gefordert. Diese Forderungen auf vollständige Rechtsmacheung der Arbeiter bei ihren Lohnkämpfen gingen der Ortsgruppe Ludwigsbafens des Hansabundes noch nicht weit genug. Sie stellten den Antrag, über die Forderungen der Denkschrift hinauszufragen und ein gänzliches Verbot des Streikpostenfestens zu fordern. In der Begründung des Antrags heißt es, das Streikpostenfesten diene heute tatsächlich keineswegs in erster Linie der Information der Streikleitung über die Verhältnisse des bestreikten Betriebs oder der Information von Arbeitswilligen über die Veranlassung des Streiks, sondern es stelle vielmehr ein Mittel dar, durch das auf die Arbeitswilligen ein Zwang ausgeübt werden soll, der dann häufig Veranlassung zu Ausschreitungen aller Art gegen die Arbeitswilligen gebe. Das einzig Gute an solchen Mitteilungen ist, daß dadurch die Arbeiterkraft darüber aufgeklärt wird, welchen Tendenzen dieser angeblich unpolitische Hansabund huldigt. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 20. Juli 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 83.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Der Sache selbst legen wir weniger Bedeutung bei. Denn auch durch ein Verbot des Streikpostensnehmens werden die Bestrebungen und Forderungen der Arbeiterschaft ebensowenig unterdrückt werden können wie durch das Zuchtshausgesetz. Verperrt man der Arbeiterschaft den einen Weg, so wird sie einen andern suchen und finden.

Das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung. Im „Reichsanzeiger“ wurde dieser Tage eine Verordnung bekanntgegeben, nach der die Vorschriften über Kassenvereinigungen (§ 414) mit dem 1. September 1912, die Vorschriften des Dritten Buchs und die zu ihrer Durchführung erforderlichen andern Vorschriften mit dem 1. Januar 1913, alle übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, soweit sie nicht bereits vorher in Kraft gesetzt worden sind oder noch werden, mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten. Alle bestehenden Gemeindekrankenversicherungen sind mit Ablauf des 31. Dezember 1913 zu schließen. Ortskrankenstellen für einzelne oder mehrere Gewerkschaften oder Betriebsarten, welche weiter zugelassen werden wollen, haben einen solchen Antrag bis 31. Dezember 1913 zu stellen. Die den Hilfskassen gewährte Befreiung nach § 75 a wird mit Ablauf des 30. Juni 1914 unzulässig.

Der 23. Internationale Bergarbeiterkongress. Am 11. Juli fand in Amsterdam der diesjährige 23. Internationale Bergarbeiterkongress nach fünfjährigen Verhandlungen sein Ende. An dem von gegen 100 Delegierten besuchten Kongresse nahmen die Nordamerikaner wieder teil, und es war eigenartig, als am Schlusse des Kongresses die Amerikaner mitteilten, daß das zeitweise Ausschließen der Amerikaner eine eigenmächtige Tat ihres Generalsekretärs gewesen sei. Immerhin doch merkwürdig, daß die Organisationen der Union in den vier Jahren niemals der Sache nachgegangen sind. Aus den sachlichen Verhandlungen des Kongresses ist die Einstimmigkeit hervorzuhelien, mit der unabhängige, vom Staate behördete Arbeiterinspektoren gefordert wurden. Die Katastrophen von Osterfeld und Gabegg wären eine traurige Unterstreichung des Arguments, daß diese Maßregel zur Sicherung des Lebens der Bergleute unerlässlich ist. Die deutschen Vertreter ließen es dabei nicht an einer kräftigen Kennzeichnung der „Sicherheitsmänner“ fehlen. Ebenso einhellig war der Kongress in der Forderung des Mindestlohns und in der Verurteilung des Gehingelohns sowie der Abmängung allen Risikos der Besteinstellung auf die Arbeiter. Mit Nachdruck erhob das Weltparlament der Grubenarbeiter wieder die Forderung der Achtstundensicht und Betonung, daß in 24 Stunden nicht mehr als eine Schicht verfahren werden dürfe. Einstimmig war der Kongress noch in der Forderung besserer Wohnungen für die Knappen, nach Sicherung vor dem Hinauswurf aus den Wohnungen im Fall der „Widerspenstigkeit“, d. h. des Widerstandes gegen allgütige Ausbeutung. Eine Meinungsverschiedenheit gab es nur in der Versicherungsfrage. Hier forderten die Deutschen und Holländer, daß auch die Arbeiter Beiträge zahlen sollen, um eben auch auf die Verwaltung Einfluß zu haben. Dafür hatten die andern Nationen, die entweder gar keine Versicherung, noch weniger aber die deutsche Rentenversicherung haben, kein Verständnis. Der nächste Kongress soll 1913 in Wien sein, doch ist das noch nicht beschlossen worden, weil die Österreicher diesmal nicht teilnahmen.

Die schimpfenden Christen. Auf dem Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes, der dieser Tage in Dortmund abgehalten wurde, hielt Giesberts, der christliche Führer, eine Begrüßungsrede, in der er von einer gegenwärtigen kritischen Zeit in den christlichen Gewerkschaften sprach. Die Berliner Facharbeiter Kennzeichnete er in dieser Rede also: „Wenn die christliche Gewerkschaft einem offenen Gegner gegenüberstehe, könnte sie ihr Augenmerk auf seine Waffen lenken und ihm gegenüber die Taktik einrichten. . . . Schwere aber sei der Kampf gegen einen Gegner, der seine Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalt abschleudert. Heute, die Pläne sammeln und mit unlauteeren Mitteln einer an sich so gefunden Bewegung, wie die christlichen Gewerkschaften es seien, hinterhältig in den Rücken zielen, müsse man als Wegelagerer bezeichnen. Wir können heute feststellen, daß diese Angriffe aus dem Hinterhalt abgeschlagen sind in einer Weise und mit solchem Erfolg, wie wir es nicht zu hoffen gewagt haben. Ich stelle die Behauptung auf, daß die Zurückweisung der hinterhältigen Angriffe auf katholischer Seite — Sie wissen ja, worauf ich anspiele — in einer Weise und mit einer Energie erfolgt ist wie nie zuvor.“ Es werden also die vom Papste gelobten Facharbeiter als Wegelagerer bezeichnet, die ihre Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalte schleudern! Überdies zeigt sich Giesberts gar nicht als so folgloser treuer Sohn der katholischen Kirche, der die Mahnung aus Rom beachtet, bis zur Entscheidung des christlichen Gewerkschaftsrechts

durch den Papst den Kampf ruhen zu lassen. Die religiöse Disziplin dieser Patentchristen zeigt sich bei dieser Gelegenheit abermals in schönstem Lichte.

Die abgelebten Christlich-Nationalen. Die Hundertjahrfeier der Firma Krupp und den Besuch Wilhelm II in Essen wollten die Christlich-Nationalen gerade ihre Mitwirkung verschönern. So hatten sie sich nach Berlin gewandt, um bei diesem Jubiläum mitwirken zu können und um zu zeigen, daß sie gerade so liebe Kinder sind wie die Essener Gelben. Nach der „Selsenkirchener Zeitung“ ist den armen Christen nun kein Heil widerfahren; sie bekamen einen Korb. Die genannte Zeitung schreibt: „Die christlich-nationale Arbeiterschaft hatte die Absicht, dem Kaiser bei Gelegenheit seiner Unwesenheit in Essen zur Kruppischen Jubelfeier eine große Huldigung darzubringen. Dem Pastor Dr. Weber in W. Glabach ist auf eine Anfrage, die er diesbezüglich nach Berlin richtete, folgende Antwort aus der Reichsstanzlei zugegangen: „Die Zeit Sr. Majestät ist derart besetzt, daß sowohl die Firma Krupp als auch die Stadt-Essen schon auf wichtige Punkte des von ihnen vorgezeichneten Programms haben verzichten müssen. Es wird unter diesen Umständen kaum möglich sein, einen neuen Programm-punkt einzufügen. Der Herr Reichsstanzler bedauert aufrichtig, daß die Umstände es voraussichtlich nicht gestatten werden, Ihrem Wunschige Folge zu geben, den er mit großer Sympathie begrüßt hat.“

Aussperrungslehren für die Unternehmer. Der aus länger Erfahrung im Gewerkschaftsleben entspringenden Einsicht auf Arbeiterseite, daß der Streik auch für die Arbeiter eine sehr zweifelhafte Waffe ist, deren Erfolg oft nicht die Opfer bedeuten, die dafür gebracht werden, gefell sich in neuerer Zeit eine ähnliche bezüglich der Ausperrungserfolge bei den Unternehmern zur Seite. So veröffentliche erst vor wenigen Tagen ein süddeutscher Industrieller im Organe des Bundes der Industriellen einen Artikel, in welchem sehr vernünftige Gedanken über die Schattenseiten der Ausperrungswut mancher Unternehmer enthalten sind. Er schreibt u. a.: „Die vor 1/2 Jahren angekündigte Gesamtausperrung von 60 Prozent der Metallarbeiter des ganzen Reichs, die als Folge des Werftarbeiterstreiks beschlossen war, hat zu der Erkenntnis geführt, daß es nicht zweckmäßig ist, wegen eines an der Wasserfronte ausgebrochenen Streiks die Metallindustrie und -arbeiterschaft ganz Deutschlands, soweit sie in Verbänden zusammengegeschlossen sind, in Mittellosigkeit zu ziehen, und diese Erkenntnis hat zur Bildung von Gruppen der Metallindustrie Anlaß gegeben, die bei Streitigkeiten mit der Arbeiterschaft ihre Maßnahmen zu treffen hat, nachdem der Einzelverband seine Einflußnahme erschöpft hat. Erst wenn die Gruppe nicht imstande ist, ihren Willen durchzusetzen, tritt der Gesamtverband in Aktion. Aber auch diese Unterteilung ist keineswegs vollkommen befriedigend, und aus dem Ergebnisse der letzten Wochen, in dem die Metallindustrie Süddeutschlands vor einer Ausperrung stand, ergab sich eine Reihe von Erfahrungen, die einer ersten Erwägung bedürfen. Weil die Arbeiterschaft einiger Betriebe in Frankfurt eine Verkürzung der bisher 57 stündigen Arbeitszeit verlangt und daneben noch einige bei jedem Lohnkampfe stereotyp auftretende, aber nicht zielführende Forderungen auf Einführung des Minimalarbeitslohns und dergleichen stellt, und weil die betroffenen Arbeitgeber als äußerste Konzession die Beschränkung der Wochenarbeit auf 56 Stunden zugestehen, was von den Arbeitern als nicht genügendes Entgegenkommen bezeichnet wird, sollen in ganz Süddeutschland die in Verbänden zusammengegeschlossenen Betriebe der Maschinen- und Metallindustrie, von denen viele schon längst eine längere Arbeitszeit als 56 Stunden durchgeführt haben, zu einer 60-prozentigen Ausperrung ihrer Arbeiterschaft schreiten; angesichts der Tatsache, daß die meisten Betriebe mit allen Kräften bemüht sind, die vorliegenden reichlichen Aufträge zu bewältigen, und des weiteren Umstandes, daß in dem nicht von der Ausperrung betroffenen Gebiet, also in ganz Norddeutschland, Konkurrenzunternehmungen bestehen, die direkt oder indirekt, mit oder ohne ihren Willen aus der Notlage ihrer süddeutschen Kollegen Vorteil ziehen. Andre Betriebe arbeiten zu einem großen Teile für Export, haben langfristige Kontrakte oder Verträge für die miteinander im Kampfe liegenden Italiener und Türken und laufen Gefahr, daß ihre Aufträge annulliert oder von der Auslandskonkurrenz übernommen werden und damit für den deutschen Lieferanten unwiederbringlich verloren gehen, was eine empfindliche Schädigung der deutschen Industrie im allgemein wirtschaftspolitischen Sinne bedeutet. Viele Betriebe fabrizieren Halbfabrikate, von deren rechtzeitiger Lieferung wiederum andre Industrien abhängig sind, die teilweise außerhalb der Maschinen- und Metallindustrie liegen, und es liegt die Gefahr nahe, daß durch eine solche Ausperrung wichtige Zweige der Industrie schwer gehindert oder lahmgelegt werden, obgleich sie direkt mit den Streitigkeiten innerhalb der Metallindustrie gar nichts

zu tun haben. Es ist also ein durchaus unbefriedigender Zustand, daß ein an einem Orte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgebrochener Streit einen solchen Umfang annehmen können, daß dadurch weite Kreise des Erwerbslebens schwer geschädigt und das ganze Wirtschaftsleben empfindlich betroffen wird, daß mühsam eroberte Abgabebiete für den Export verloren gehen und in jahrelanger Arbeit mit großen Opfern aufgebaute industrielle Unternehmungen in ihren Grundfesten erschüttert und in ihrer Entwicklung geföhrt werden.“ Das sind jedenfalls Ansichten, wie sie von jedem aufmerksamen Beobachter der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung schon längst als richtig erkannt wurden. Ein gut Teil unserer eignen Gewerkschaftstaktik und die Tarifpolitik in unserm Gewerbe im besondern sind von solchen Anschauungen diktiert. Und es wäre jedenfalls ein erfreulicher Fortschritt, wenn so von innen heraus auch im Unternehmerlager mehr und mehr die Notwendigkeit erkannt würde, die Allgemeininteressen nicht mehr nur dem Nachbinkeln weniger Herrenmänner zu opfern. Aber leider sind heute die Verhältnisse keineswegs dazu angehan, um an die Verwirklichung solcher Ideen ernsthaft glauben zu können. Brutales Selbstinteresse verankert in Unternehmerkreisen noch viel zu sehr die Möglichkeit einer ruhigen Erwägung wirtschaftlicher Allgemeininteressen. Da müssen voraussichtlich noch harte Kämpfe ausgetragen werden müssen, bis die meisten Unternehmer im Arbeiter einen gleichberechtigten Faktor beim Abschlusse des Arbeitsvertrags anerkennen.

Das Weltvermögen in Wertpapieren. Nach einem soeben erschienenen Berichte des amerikanischen Handels- und Arbeitsamtes wird das in Wertpapieren angelegte Kapital der ganzen Welt auf 110000—115000 Millionen Dollar geschätzt, von welcher gewaltigen Summe allein in England, Deutschland und Frankreich sich nahezu 64000 Millionen befinden. Wenn man annimmt, daß dieses in Papieren angelegte Kapital sich nur mit 4 Proz. verzinst, so bringen allein diesen drei Staaten die Wertpapiere ein Einkommen von über 25000 Millionen. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Umfang in dem die einzelnen Nationen an dem Besitze von Wertpapieren beteiligt sind. Der stete Austausch und die Kursschwankungen drücken sich in der Gegenüberstellung von Minimal- und Maximalzahlen aus. Zugleich gibt die Tabelle einen Überblick über das Wachstum an Wertpapieren während der Zeit von 1908 bis Ende 1910.

Länder	Ende 1908 in Millionen Dollar	Ende 1910 in Millionen Dollar
Großbritannien . . .	25 090—26 055	27 020—27 406
Vereinigte Staaten . . .	22 195—23 160	25 090—25 467
Frankreich	19 879—20 265	20 458—21 230
Deutschland	15 440—16 405	17 370—18 335
Rußland	4 825—5 211	5 597—5 983
Österreich-Ungarn . . .	4 053—4 246	4 439—4 632
Italien	1 930—2 316	2 509—2 702
Japan	1 158—1 351	1 737—2 316
Andere Länder	6 369—7 334	6 755—7 720

Zusammen 100 939—106 343 110 975—115 800
Wenn man also die Maximalzahlen des in Wertpapieren angelegten Kapitals der Welt annimmt, ergibt sich, daß das Weltvermögen in Wertpapieren sich auf 116 800 Millionen Dollar, also auf weit über 463 200 Millionen Mark, beläuft. Nach der Statistik des amerikanischen Handelsamtes ist Deutschland an diesem Reichtume mit rund 73 350 Millionen Mark beteiligt.

Literarisches.

„Klmsch's Adressbuch der Druckereien des Deutschen Reichs 1912.“ Der soeben erschienene, 646 Textseiten umfassende stattliche Band des bekannten graphischen Adressbuchs weist wiederum eine starke Vermehrung des Adressenmaterials auf. Es sind darin 10 636 graphische Betriebe, und zwar 8045 Buchdruckereien, 1615 Buch- und Steinruckereien, 907 Steinruckereien und 69 reine Buch- und Kupferdruckereien einmal nach Firmenbezeichnung und dann nach Bundesstaaten geordnet registriert. Außerdem macht ein Verzeichnis aller beruflichen Organisationen, beruflichen Lehranstalten, Fachzeitschriften in deutscher Sprache und ein Telegraphenführer das Adressbuch zu einem brauchbaren Wegweiser in geschäftlichen und organisatorischen Dingen für alle Geschäftsleitungen graphischer Betriebe. Gedruckt ist das Buch in der königlichen Universitätsdruckerei S. Stürz in Würzburg und der Verlagsanstalt dieser bekannten Firma entsprechend ausgeführt. Die näheren Bezugsbedingungen sind vom Verlage Klmsch & Co. in Frankfurt a. M. zu erfahren.

Versehene Eingänge.

„Sozialistische Monatshefte.“ Erscheinen alle vierzehn Tage. Seit 13. 1912. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

Briefkasten.

P. D. in Vohenbrotz: „Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe“. Von J. W. Lindl. 2,50 Mk. Im übrigen empfehlen wir Ihnen das Studium des instruktiven Artikels in Nr. 40. — B. in M.: Das offizielle Organ der englischen Provingkollegen führt den Titel „Typographical Circular“ und erscheint in Calford. (Manchester) 1—3 Caxton Hall, Chapel Street. — Genossenschaftler: Für die Nummer vom 30. Juli ist Ihr Artikel mit noch einem andern über dieses Kapitel vorgelesen. Es wird sich die Einhaltung dieses Termins wohl auch ermöglichen lassen, da nun die brennenden Tagesfragen vorab erledigt sind. Diese standen aber seit Eingang Ihres Artikels im Vordergrund und gehörten neben den ständigen Rubriken einfach zuerst behandelt. Es ist kurz, einseitig und verfehlt, Fragen von sekundärer oder gar tertiärer Bedeutung mit Gewalt zu Staatsaktionen zu machen. Andre Leute haben doch auch noch ein Urteil darüber, was dem Verbandsgegenwärtig am nötigsten ist, und das liegt in anderer Richtung. Auch täuschen Sie sich über den Umfang Ihres Artikels. Lassen Sie ab von dieser quälenden Ungeheuer, denn sonst machen Sie sich und andern nur das Leben schwer. Da das unfreie schon sehr „abwechslungslos“ ist, danken wir für Ihre glütige Mitwirkung, es noch „interessanter“ zu gestalten. — W. B. in Pf.: 1. Das ist unzulässig und Verhlingsausbeuterei, gegen die auf Grund des Lehrvertrags vorgegangen werden kann. 2. Für Artikel keine Verwendung. Gut gemeint, aber im praktischen Effekte wertlos. Ihres Erachtens geschieht genug. Wenn noch mehr, würde die Meute doch weiter heulen.

- 1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
2. Eine Klein- und auch keine Zintheinteilung verwenden;
3. Nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
4. Durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen;
5. Namen und Adressen erst deutlich schreiben;
6. Berichte vom Vorlesenden angezeichnet lassen und Artikel einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbands beifügen;
7. Einreichungsfrist für Berichte eine Woche nach Stattfinden der betreffenden Veranstaltung;
8. Nichtig frankieren, da sonst Annahme verweigert werden muß und durch Mißverständnisse dann unangenehme Verzögerung der Aufnahme eintritt;
9. Die Sperrung von Druckereien infolge entstandener Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Mitteilungen über den Fortschritt von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an unsere Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgegangener Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Aufstellungen des Verbandsrats oder des Vorstands zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Briefkasten“ ist kein allgemeines Anstaltsbüro. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn diese ausdrücklich begehrt sind;
11. Redaktionelle Mitteilungen sind die Redaktion zu beauftragen und Sonntagabend früh, die Donnerstagmorgen mit dem Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Rursfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

In der Schriftgießerei Julius Rinkhardt in Leipzig (Abteilung Stereotypie und Galvanoplastik) sind infolge von Differenzen die dort Beschäftigten Stereotypenreue und Galvanoplastiker entlassen worden. Bei eventuellen Konditionsangeboten der Firma sind unbedingt vorher Erlaubigungen beim Leipziger Gauvorstand einzuziehen. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Adressenveränderungen.

- Bernburg a. S. Kassierer: Albert Höpfl, Stiftstraße 30 I.
Dresden. (Verein der Schriftgießer, Stereotypenreue und Galvanoplastiker Schlesiens.) Vorsitzender: Karl Berg, Neue Weltgasse 38.
Ebing. Vorsitzender: Otto Schmidt, Blumenstr. 6 I.
Dresden. (Schriftgießer.) Vorsitzender: Gustav Haaf, Stollstraße 26 II.
Neusalz a. O. Vorsitzender: Paul Binner, Enge Gasse 7; Kassierer: Paul Neumann, Bismarckstraße 19.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

- In Freytag (Westpr.) der Seher Hans Junker, geb. in Prenzlau 1869, ausgel. das. 1888; war schon Mitglied. — F. M. David in Danzig, Gr. Schwalbengasse 27.
In Stuttgart der Schweizerbege Joseph Fischer, geb. in Buchau a. F. 1884, ausgel. das. 1901; die Seher Eugen Huber, geb. in Stuttgart 1882, ausgel. das. 1899; Wilhelm Ungemach, geb. in Lubwigsburg 1882, ausgel. das. 1900; waren schon Mitglieder. — Karl Anie, Heustiegstraße 54 pt.
In Wolfach i. N. der Seher Otto Bang, geb. in Murrhard (Württemberg) 1891, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Laub in Laß i. B., Schützenstraße 42 IV.
In Brinn (Mähren) der Seher Paul Teuber, geb. in Berlin 1891, ausgel. das. 1910; war schon Mitglied. — Alois Thurner, Talgasse 5.

Arbeitslofenunterstützung.

Hauptverwaltung. Vom Verwalter des „Volksbaus“ in Dresden erbat ein Reisender einen Vorstoß unter Vorlegung eines Mitgliedsbuches, „das“ auf den Namen Reisermann lautet und die Nr. 4682; „Gau An der Saale“ trägt: „Da“ in genannter Gau“ weder ein Seher bzw. Drucker Reisermann. Konditioniert, noch ein

Buch „An der Saale“ 4682 für denselben ausgestellt wurde (die fragliche Nummer vielmehr für ein Mitglied gilt, das sich zurzeit in Halberstadt aufhält), so eruchen wir, den Vorzeiger des bezeichneten Buchs im Betretungsfalle verhaften zu lassen und das Buch an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Leipzig. Dem Seher Joseph Kahl aus Schüttewitz (Hauptbuchnummer 91555, Böhmen 5245) ist angelehnt die Reiselegitimation abhanden gekommen. R. erhielt hier eine neue mit der Bezeichnung „Duplikat“ ausgestellt. Die erstere Legitimation wird hiermit für ungültig erklärt.

Mainz. Die auf der Reise befindlichen Seher Wilhelm Steinhof aus Ganderbheim und Paul März aus Pöhhnd werden erucht, ihre Adresse dem hiesigen Reiseleiterverwalter anzugeben, damit ihnen ihre Reisekarte nachgeschickt werden kann.

Potsdam. Auf der Reise von Posen nach Berlin wurden den Kollegen Hugo Bud (Hauptbuchnummer 44665) und Hermann Herzfeldt (64491) die Verbandsbücher gestohlen. Dieselben erhielten hier neue Bücher ausgestellt mit dem Vermerk „Duplikat“, und zwar Hugo Bud Gau Ober 3670 und Hermann Herzfeldt Gau Ober 3671. Sollten die gestohlenen Bücher vorgezeigt werden, so sind dieselben abzunehmen und an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Versammlungskalender.

- Sonn. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. August in Altwieser. Anträge bis 28. Juli an den Vorsitzenden.
Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 12. August in Hamm. Anträge bis 8. August an den Vorsitzenden.
Düsseldorf. Maschinenseker versammlung am Sonntag, den 28. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volksbaus“, (Zimmer 11).
Lehrbach. Quartalsversammlung heute Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Girch“.
Friedrichsdorf-Waltershausen. Versammlung heute Sonnabend, den 20. Juli, abends 9 Uhr, in Schneepfenthal, Restaurant Ruge.
Eisenberg. Vorstandssitzung Sonntag, den 21. Juli, abends 9 Uhr, im „Bewerkschaftshaus“.
Glauchau (Böhmen). Versammlung heute Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Altona“, Krempestraße.
Rohlfen. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. August in Et. Goar-St. Goarshausen. Anträge bis 6. August an den Vorsitzenden.
Magdeburg. Versammlung heute Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“, Gr. Storchstraße 7.
Pirmasens. Bezirksversammlung am Sonntag, den 18. August in Zweibrücken. Anträge bis 9. August an den Vorsitzenden.
Wismar. Versammlung heute Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wallhalle“.

Verein für Buchdrucker und Schriftgießer in Tirol und Vorarlberg.

Zusrud. Der Stereotypenreue Schmitt und der Seher Probst, beide leinzeit in Innsbruck, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Tiroler Vereine nachzukommen.

Zum sofortigen Antritte

suchen wir einen wirklich selbständigen und erfahrenen

Rotationsmaschinenmeister

für achtfeldige König & Laurische Rotationsmaschine. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnforderungen erbitet „Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Tüchtigen Kompletzgießer sowie perfekte Verteilerin gegen guten Verdienst suchen Gräß & Glodt, Frankfurt a. M.

Ein junger, tüchtiger Stereotypenreue der auch in der Galvanoplastik auszuheffen hat, wird für eine Münchner Anstalt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen sind zu richten unter M. W. 8812 an die Geschäftsstelle d. W.

Nach Breslau! Unzählige unserer hochgewerblichen Exkursion nach Breslau sind den Zeitnehmern von Seiten des Ortsvereins, jedoch dessen Vorlesenden, Kollegen & Ärzte sowie des Gewerkschafts, Kollegen Giedler, ein so herzlicher Willkommen, dank sowie Bewirtung zuteil geworden, daß wir an dieser Stelle herzlichsten Dank sagen möchten. Insbesondere herzlich gedankt sei dem Gelangvereine „Gutenberg“ wie dessen Vorlesenden für die so schon zu Gehör gebrachten Liebesworte, was gewiß dazu beitrug, uns den Aufenthalt im Kreise der Breslauer noch angenehmer zu gestalten und uns den nächsten Besuch schwer zu machen. Mit der Versicherung, daß die herzlichsten Stunden unter Breslauer Kollegen uns wohl nicht so bald aus dem Gedächtnisse schwinden, zeichnet mit kollegialen Grüßen: Rüd. der Maschinenmeister und Drucker Stereotypenreue Schließens.

Der Unterzeichnete bittet die Herren Maschinenmeister, welche in den Jahren 1897-99 bei der Firma Messelburger & Walter in Leipzig tätig waren, um gütige Angabe ihrer Adresse. Karl Goller, Leipzig, Erdsteritz, Christiana Weiße Straße 5 II r.

Friedrichstr. 9 Leipzig Friedrichstr. 9 Empfehlung haben Beden von 50 Pf. an Paul Heidem, alter Vertriebswirt.

Beteiligung oder Kauf wünscht Druckerfachmann mit mehreren tausend Mark. Gest. Angebote unter Postlagerkarte 77 Berlin SW 12.

Wohngebäude mit großem, hellem Nebengebäude, für Druckerei und Buchbinderei vorzüglich geeignet und sehr vergrößerungsfähig, sofort zu verkaufen. Gültige Bedingungen. Ausführliche Auskunft erteilt der Bekhler Wilhelm M. Goch, Grünberg (Hess.).

Technikum für Buchdrucker Beste technische, kunstgewerbliche und fachmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzungsweisen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte wim. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Seefeldstraße 13-17

HINGFONG ESSENZ Die aller Hausmittel u. millionenfach bewährt ist Lichtenheldts echte HINGFONG ESSENZ Man achte genau auf die Schutzmarke: Licht, denn nur diese bietet Garantie für Echtheit u. Wirksamkeit. In den meisten Apotheken erhältlich, wonicht-verwendet das Laborat. Lichtenheldt Meuselbach 8 (Thür. Wald) 12 Flaschen zu M. 3,30, nur bei 30 Flaschen franko für Wiederverkäufer.

Gutenberg Leipzig.

Sonnabend, den 27. Juli 1912: Sängerschaft nach Jena.

Abfahrt vom Hauptbahnhofe 5,10 Uhr nachmittags. Ankunft in Jena 8,07 Uhr. Dasselbst Kommerz. Sonntag: Ausflüge in die herrliche Umgebung Jenas. Montag: Partie ins Schwarzwald. Unsere werten Mitglieder und die thüringischen Kollegen aus der Nachbarschaft Jenas laden wir zu reger Beteiligung freundlichst ein.

Der Vorstand. 679

Setzerblusen echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe: 110 120 130 140 cm lang. Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mark. „I. Pa. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50“ „II. 2,85, 3,00, 3,15, 3,30“ „III. 2,55, 2,70, 2,85, 3,00“ „III. 2,20, 2,35, 2,50, 2,65“ Maschinenmeisteranzüge zu 2,50-3,00 Mk. Arno Etzold in Gera (R.) Fabrik für Bekleidungs- und Wäsche-Katalog frei!

V. d. D. B. Verbandszigarre 5,60, 6,00, 6,60 u. 7,00 Mark p. 100 St. Bei Beträgen ab. 10 Mk. portofr. W. Boomers, Zigarrensch. Goch (holl. Grenz).

Am 18. Juli verstarb unser wertiges Mitglied und lieber Kollege, der Korrektor Herr Wilhelm Steinbach im 69. Lebensjahre. Fast 40 Jahre lang unserer Organisation angehörend, hat er es verstanden, sich die Liebe und Achtung seiner Mitarbeiter sowohl wie auch der fernerstehenden Kollegen zu erwerben. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren der Bezirksverein Glogau.

Helld. Stenographenunterr. (Gabelberger) erteilt Briefe, sicher u. leicht u. leicht R. Ruß, Leiter d. Fernunterr. d. Vereinig. Stenogr. Kundig, Buchdrucker in Deutschland, Gamm t. W. [612]

Am 15. Juli verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzerinvalide Karl Freismuth im 57. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen außerst braven Kollegen und werden sein Andenken stets in Ehren halten. Der Ortsverein Passau.

Am 15. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden an der Berufskrankheit unser liebes Mitglied, der Schriftsetzer Heinrich Kayser im 34. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Essener Buchdruckerverein (V. d. D. B.).